

INHALT

- | | |
|--|---|
| 37. Tiroler Wahlrechtsanpassungsgesetz 2020 | 41. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
August 2020 |
| 38. TBO Novelle LGBl. Nr. 60/2020 und TBV
Novelle LGBl. Nr. 61/2020 | 42. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis August 2020 |
| 39. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2019 | <i>Verbraucherpreisindex für
Juni 2020 (vorläufiges Ergebnis)</i> |
| 40. Finanzdaten der Gemeinden Tirols -
Entwicklung 2017 - 2019 | |

37.

Tiroler Wahlrechtsanpassungsgesetz 2020

Mit dem Tiroler Wahlrechtsanpassungsgesetz 2020, LGBl. Nr. 68/2020, werden die Tiroler Landtagswahlordnung 2017, die Tiroler Gemeindevahlordnung 1994, die Innsbrucker Wahlordnung 2011, das Tiroler Volksrechtsgesetz sowie die Geschäftsordnung des Tiroler Landtages geändert. Besonders berücksichtigt wird, dass ab Juli 2020 das Zentrale Wählerregister nach dem Wählerevidenzgesetz 2018 die Grundlage für die Erstellung der Wählerverzeichnisse bildet. Die Änderungen in der Landtagswahlordnung werden weitgehend auch für den Bereich des Gemeindevahlrechts sowie für die Einrichtungen der direkten Demokratie übernommen.

Im Bereich der Wahlbehörden wird verpflichtend die Einrichtung eines Anstaltssprengels vorgesehen (§ 5 Abs. 3 TLWO), wenn in Anstalten, Heimen oder ähnlichen Einrichtungen zu erwarten ist, dass mehr als 30 Wähler abstimmen werden. Damit soll das Wahlgeheimnis bei der gesonderten Auszählung der Stimmen durch die Sprengelwahlbehörde gewahrt bleiben.

Die zuständige Sprengelwahlbehörde kann mit der Durchführung der Wahlhandlung in mehreren Wahl-

sprengeln betraut werden, wenn z.B. mehrere Anstalten oder Einrichtungen in der Gemeinde angesiedelt sind. Sollten im einzigen Heim in der Gemeinde keine 30 Stimmen abgegeben werden, kann trotzdem ein eigener Anstaltssprengel eingerichtet werden. Die Auszählung der Stimmen ist aber einem anderen, in der Gemeinde eingerichteten Wahlsprengel zu übertragen. Die Einrichtung eines Anstaltssprengels ist sowohl für die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl wie auch nach der Innsbrucker Wahlordnung vorgesehen.

Verschiebung des Wahltages

Mit dieser neuen Bestimmung wird die rechtliche Möglichkeit geschaffen, den Wahltag zu verschieben. Sollten Umstände eintreten, die eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahl zum vorgesehenen Wahltag unmöglich machen, etwa aufgrund von Naturkatastrophen, des Ausbruchs von Seuchen oder auch wegen schwerwiegender und ad hoc nicht lösbarer technischer oder sonstiger Probleme, soll die Verschiebung der Wahl im unbedingt erforderlichen Ausmaß, höchstens aber um sechs Monate möglich sein. Für diesen Fall hat die Landeswahlbehörde erforderliche Bestimmungen für die

Durchführung der verschobenen Wahl zu erlassen. Dabei geht es um die Neubestimmung von Fristen, die Verwendung von bereits hergestellten oder ausgegebenen Wahlunterlagen. Im Falle einer Verschiebung der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl hat die Gemeindegewahlbehörde die Entscheidung kundzumachen und die Bezirkswahlbehörde zu verständigen, die für die Erlassung der erforderlichen Bestimmungen für den neuen Termin zuständig ist. In Innsbruck trifft die Entscheidung die Hauptwahlbehörde, die Landesregierung erlässt erforderlichenfalls nähere Bestimmungen. Die Möglichkeit einer Verschiebung ist auch für Volksbegehren und Volksabstimmungen geregelt.

Vergütung für Wahlbeisitzer

Das bisherige System der Vergütung für die Tätigkeit von Wahlbeisitzern an die Wählergruppen wird auf eine direkte Auszahlung an die Mitglieder der Wahlbehörden umgestellt. Außerdem sollen auch neutrale Beisitzer, das sind interessierte Personen, die nicht aus dem Personenkreis einer Wählergruppe kommen, eine Vergütung in gleicher Höhe erhalten. Dies gilt künftig auch für die Wahlleiter und deren Stellvertreter, jedoch mit der Ausnahme für den Fall, dass sie ihre Tätigkeit in der Wahlbehörde im Rahmen einer Funktion - etwa als Bürgermeister - oder im Zuge der Besorgung dienstlicher Aufgaben als Bediensteter eines Gemeindeamts erfolgt. Die Höhe der Vergütung richtet sich wie bisher nach der Dauer der Anwesenheit der Beisitzer bzw. Ersatzbeisitzer bei den Sitzungen der Wahlbehörden. Für je angefangene sechs Sitzungsstunden beträgt die Vergütung € 30,-. Der Antrag ist bei sonstigem Anspruchsverlust binnen einem Monat nach dem Wahltag einzubringen. Die Personen, die eine Vergütung bekommen sollen, müssen den Antrag selbst stellen, auf Gemeindeebene an den zuständigen Gemeindegewahlleiter, für die Tätigkeit in den Kreiswahlbehörden beim jeweiligen Kreiswahlleiter und für die Tätigkeit in der Landeswahlbehörde beim Landeswahlleiter. Die Auszahlung der Vergütung soll binnen eines Monats nach Einlangen des Antrags vom Bürgermeister bzw. der Landesregierung veranlasst werden. Das Land Tirol hat den Gemeinden auf Antrag Ersatz für die an die Beisitzer und Ersatzbeisitzer gewährten Vergütungen zu leisten. Dieser Antrag ist bei sonstigem Verlust des Anspruches binnen sechs Monaten nach dem Wahltag bei der Landesregierung einzubringen. Bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen ist der Antrag für die Tätigkeit in

einer Wahlbehörde auf Gemeindeebene beim Gemeindegewahlleiter, für die Tätigkeit in der Bezirkswahlbehörde beim Bezirkswahlleiter einzubringen.

Wahlbehörden

Die Anzahl der Beisitzer in Sprengel- und Sonderwahlbehörden wird wie bei anderen Wahlen auf Landes- und Bundesebene einheitlich mit drei festgelegt. Die Wahlleiter und Stellvertreter sind spätestens am siebten Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung zu bestellen. Die Vorsitzenden und Stellvertreter der Sprengel- und Sonderwahlbehörden sind spätestens am 28. Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung zu bestellen. Die im Landtag vertretenen Wählergruppen haben für die Wahlbehörden bis zum zwölften Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung die auf sie entfallenden Beisitzer und Ersatzbeisitzer vorzuschlagen, die zum Landtag wahlberechtigt sind. Die Beisitzer und Ersatzbeisitzer für die Sprengel- und Sonderwahlbehörden müssen spätestens bis zum 28. Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung vorgeschlagen werden.

Die Wahlbehörden haben spätestens am 28. Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung ihre konstituierende Sitzung abzuhalten. Die Sprengelwahlbehörden haben sich rechtzeitig vor Aufnahme ihrer Tätigkeit zu konstituieren, das heißt spätestens am Wahltag bzw. am Tag vor der Wahl, wenn diese Wahlbehörden auch die Aufgabe der Erfassung der Wahlkarten übernehmen. Bei einer Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl sowie nach der Innsbrucker Wahlordnung, sind die Wahlleiter und Stellvertreter der zu bildenden Wahlbehörden am neunten Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung zu bestellen, Ausnahme die Wahlleiter und Stellvertreter der Sprengel- und Sonderwahlbehörden. Der Gemeindegewahlleiter hat die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Gemeindegewahlbehörde spätestens am vierzehnten Tag und die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Sprengel- und der Sonderwahlbehörden spätestens am 30. Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung zu bestellen. Entspricht die Zusammensetzung einer Wahlbehörde nach der Landtagswahl nicht mehr den Stärkeverhältnissen im neu gewählten Landtag, so sind die den neuen Verhältnissen angepassten Änderungen durchzuführen.

Abschriften der Wählerverzeichnisse

Der Bürgermeister hat jenen Wählergruppen, die bereits mindestens in einem Wahlkreis einen Kreiswahlvorschlag

eingereicht haben, frühestens am ersten Tag der Auflegung auf Verlangen Abschriften des Wählerverzeichnisses sowie allfälliger Nachträge zum Wählerverzeichnis unentgeltlich in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. Das Format ist nicht gesetzlich geregelt, daher muss es sich nicht um eine graphische, sondern kann sich auch um eine maschinenlesbare Datei handeln. Da dem Bürgermeister zu diesem Zeitpunkt noch nicht ersichtlich ist, ob die Wählergruppe zumindest einen Kreiswahlvorschlag eingebracht hat, ist es Aufgabe des Vertreters der Wählergruppe durch Vorlage geeigneter Unterlagen dies glaubhaft zu machen. Die übermittelten Verzeichnisse dürfen ausschließlich für Zwecke des § 1 Abs. 2 des Parteiengesetzes 2012 für die Wahlwerbung sowie für Zwecke der Statistik verwendet werden. Der Empfänger der Abschriften (die Wählergruppe) hat den betroffenen Personenkreis (= die betroffenen Wähler) in geeigneter Weise darüber zu informieren, dass sie die Daten vom Bürgermeister auf Grundlage der einschlägigen Gesetzesbestimmungen erhalten hat.

Berichtigungsanträge zum Wählerverzeichnis müssen bis spätestens 17.00 Uhr des letzten Tages des Einsichtszeitraums eingebracht werden. Der Berichtigungsantrag ist für jeden Berichtigungsfall gesondert zu stellen und zu begründen sowie nach Möglichkeit entsprechend zu belegen. Pauschale Berichtigungsanträge durch bloße Übermittlung oder Übergabe von Listen, Datenträgern etc. sollen vermieden werden.

Die Gemeindewahlbehörde hat über Berichtigungsanträge binnen sechs Tagen nach Beendigung des Einsichtszeitraums zu entscheiden. Gegen die Entscheidung der Gemeindewahlbehörde kann der Antragsteller bzw. der von der Entscheidung Betroffene bis spätestens 17.00 Uhr des zweiten Tages nach der Zustellung der Entscheidung schriftlich bei der Gemeinde Beschwerde einbringen.

Nach Abschluss des Berichtigungs- und Beschwerdeverfahrens, hat der Bürgermeister das Wählerverzeichnis abzuschließen und nach Ablauf der Frist für die mündliche Beantragung der Wahlkarte ist ein aktualisierter Ausdruck des Wählerverzeichnisses herzustellen. In der Rubrik „Anmerkungen“ hat bei jenen Wählern, für die eine Wahlkarte ausgestellt wurde, das Wort „Wahlkarte“ aufzuscheinen, bei jenen Wählern, die einen Besuch durch eine Sonderwahlbehörde beantragt

haben, ist die Anmerkung „Sonderwahlbehörde“ zu machen. Die Zeilen mit einer Anmerkung „Wahlkarte“ oder „Sonderwahlbehörde“ sind durch Kursivschrift, Fettdruck oder Farbdruck besonders hervorzuheben. Diese Fassung der Wählerverzeichnisse ist sodann der Wahl zugrunde zu legen. Werden die Wählerverzeichnisse elektronisch geführt, sind diese Vermerke im Zentralen Wählerregister vorzunehmen und wenn das Ergebnis der Wahl unanfechtbar feststeht, aus diesem wieder zu löschen.

Wahlkarten

Die Ausstellung einer Wahlkarte kann beim Bürgermeister der Gemeinde, von der der Wahlberechtigte in das Wählerverzeichnis eingetragen wurde, vom Tag der Wahlausschreibung an schriftlich bis spätestens am vierten Tag vor dem Wahltag oder mündlich bis spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag, 14.00 Uhr unter Angabe des Grundes beantragt werden. Ebenso kann bis zum zuletzt genannten Zeitpunkt ein schriftlicher Antrag gestellt werden, wenn eine persönliche Übergabe der Wahlkarte an eine vom Antragsteller bevollmächtigte Person möglich ist.

Beim mündlichen Antrag ist die Identität des Antragstellers durch einen amtlichen Lichtbildausweis oder eine andere amtliche Urkunde nachzuweisen, beim schriftlichen Antrag durch einen amtlichen Lichtbildnachweis, eine andere amtliche Urkunde oder auf andere geeignete Weise, insbesondere durch Vorlage der Ablichtung eines solchen amtlichen Dokuments, glaubhaft zu machen. Ein Identitätsnachweis kann entfallen, wenn der Antragsteller bei einem mündlichen Antrag oder bei einem von ihm persönlich überbrachten schriftlichen Antrags dem Bürgermeister oder dem mit der Ausstellung von Wahlkarten betrauten Bediensteten der Gemeinde persönlich bekannt ist. Im Fall der elektronischen Einbringung des Antrages bedarf es keines gesonderten Identitätsnachweises, wenn der Antrag mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Andernfalls ist die Identität mit Hilfe eines Scans eines amtlichen Lichtbildausweises oder einer anderen amtlichen Urkunde glaubhaft zu machen. Eine telefonische Antragstellung ist nicht zulässig.

Der Bürgermeister hat die Familiennamen und Vornamen der Wahlberechtigten, die ihr Wahlrecht im Weg der Briefwahl ausüben wollen, mit der Zahl des Wahlsprengels und des Wählerverzeichnisses in ein besonderes

Verzeichnis aufzunehmen und die Ausstellung der Wahlkarte im Wählerverzeichnis beim betreffenden Wahlberechtigten zu vermerken. Das Verzeichnis ist gleichzeitig mit den bei der Gemeinde bis zum zweiten Tag vor dem Wahltag abgegebenen oder im Postweg eingelangten Wahlkarten der Briefwähler an die für die Erfassung der Wahlkarten der Briefwähler zuständigen Wahlbehörde(n) zu übergeben.

Wahlvorschläge

Wählergruppen haben ihre Wahlvorschläge beim Kreiswahlleiter während der Amtsstunden der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft bzw. in der Stadt Innsbruck des Stadtmagistrats, spätestens jedoch um 17.00 Uhr am 52. Tag vor dem Wahltag, einzureichen. Ein Wahlvorschlag hat insbesondere eine unterscheidende, nicht mehr als 60 Zeichen umfassende Bezeichnung der Wählergruppe in Worten und eine aus nicht mehr als acht Zeichen bestehende und in Großbuchstaben gehaltene Kurzbezeichnung, die aus einem Wort oder mehreren Wörtern bestehen kann, zu enthalten. Die Kurzbezeichnung ist nunmehr zwingend vorgeschrieben. Bloß zu lange Lang- oder Kurzbezeichnungen führen nicht zu einer Ungültigkeit des Wahlvorschlages. Über die zulässige Anzahl hinausgehende Zeichen gelten vielmehr als nicht beigesetzt. Für Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen bzw. die Innsbrucker Gemeinderatswahl gelten 80 Zeichen als Grenze für die Bezeichnung der Wählergruppe. Die Wahlwerberliste des Kreiswahlvorschlages soll künftig mindestens zwei Wahlwerber enthalten und wie bisher höchstens doppelt so viele, wie im Wahlkreis Abgeordnete zu wählen sind. Für die Innsbrucker Gemeinderatswahl gilt, dass in der Wahlwerberliste höchstens 80 Wahlwerber enthalten sein dürfen, mindestens jedoch acht.

Wenn mehrere Wahlvorschläge gleiche oder schwer unterscheidbare Kurzbezeichnungen aufweisen, ist mit den Vertretern dieser Wählergruppen eine einvernehmliche Lösung anzustreben. Sollte eine Einigung darüber scheitern, wird die Unterscheidbarkeit hergestellt, indem der Anfangsbuchstabe des Familiennamens des an erster Stelle des Wahlvorschlages gereihten Wahlwerbers angefügt wird. Sollte der Fall eintreten, dass die Anfangsbuchstaben identisch sind, hat die Kreiswahlbehörde (die Gemeindevahlbehörde bzw. Hauptwahlbehörde) die Kurzbezeichnungen durch die Anfügung von arabischen Zahlen unterscheidend zu

bezeichnen. Begonnen wird mit dem Wahlvorschlag, dessen Wählergruppe bereits im zuletzt gewählten Landtag/ Gemeinderat vertreten war. Im Falle dass beide Wählergruppen im letzten Landtag/Gemeinderat vertreten oder nicht vertreten waren, ist mit der Kurzbezeichnung jenes Wahlvorschlages zu beginnen, der früher eingereicht wurde.

In einzelnen Gemeinden Tirols scheint die Einrichtung von Wahllokalen auf dem Gebiet einer unmittelbar angrenzenden Gemeinde im Interesse der erleichterten Ausübung des Wahlrechts für einen Teil der Wähler zweckmäßig. Dies wird nunmehr im Einvernehmen mit der Gemeindevahlbehörde der betreffenden Nachbargemeinde ausdrücklich für zulässig erklärt. In derartigen Fällen hat die Gemeindevahlbehörde, in deren Gemeindegebiet das sich das Wahllokal befindet, die Verbotszone auf Vorschlag der Gemeindevahlbehörde der angrenzenden Gemeinde festzulegen.

Wahlzeugen

Wählergruppen, deren Kreiswahlvorschlag veröffentlicht wurde, können in jedes Wahllokal eine zum Landtag wahlberechtigte Person als Wahlzeuge entsenden. Der Wahlzeuge ist spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag durch den Zustellungsbevollmächtigten der Wählergruppe oder durch eine von diesem bevollmächtigte Person beim Gemeindevahlleiter schriftlich namhaft zu machen. Jeder Wahlzeuge erhält vom Gemeindevahlleiter einen Eintrittsschein, der ihn zum Eintritt in das Wahllokal berechtigt. Die Aufhebung der Beschränkung der Tätigkeit von Wahlzeugen auf Wahllokale soll es möglich machen, dass Wahlzeugen auch die Erfassung von Wahlkarten beobachten, auch wenn diese nicht in einem Wahllokal und eventuell schon am Tag vor dem Wahltag erfolgt. Wahlzeugen können von ihren Wählergruppen jederzeit, jedoch spätestens bis 12.00 Uhr des zweiten Tages vor dem Wahltag durch neue Wahlzeugen ersetzt werden.

Wähler mit einer Mobilitätseinschränkung aufgrund einer Behinderung und Wähler mit einer Sehbehinderung dürfen sich von einer Person, die sie selbst auswählen können und gegenüber dem Wahlleiter bestätigen müssen, führen und sich bei der Wahlhandlung auch in der Wahlzelle helfen lassen. Zu diesem Zweck ist die Hilfsperson auch in das Wahllokal einzulassen. Blinden oder schwer sehbehinderten Wählern sind als Hilfsmittel zur Ermöglichung der selbständigen Ausübung ihres

Wahlrechts Stimmzettel-Schablonen zur Verfügung zu stellen. Künftig sollen die Stimmzettel-Schablonen die Kurzbezeichnung der Wählergruppen in Blindenschrift (Braille-Schrift) enthalten können. Im Interesse der Wahrung des Wahlgeheimnisses ist vorgesehen, dass der Wähler die Stimmzettel-Schablone nach Gebrauch jedenfalls mit sich zu nehmen hat.

Ein Wähler, bei dem im Wählerverzeichnis die Anmerkung „Briefwahl“ enthalten ist, darf zur Stimmabgabe vor der Wahlbehörde nicht zugelassen werden. Die sogenannte „Urnenwahl mit Wahlkarte“ wird abgeschafft. Wähler, die die Wahlkarte nicht rechtzeitig vor dem Wahltag postalisch oder durch persönliche Abgabe an die Gemeinde übermittelt haben, können immer noch die Möglichkeit der Abgabe der verschlossenen Wahlkarte am Wahltag selbst oder durch Boten nutzen.

Treten außerordentliche Umstände ein, aufgrund derer in zahlreichen Fällen die Übersendung oder Übermittlung der verschlossenen Wahlkarte an die Gemeinde innerhalb der Frist (bis spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag, 14.00 Uhr) nicht möglich ist, so kann die Landeswahlbehörde/ Gemeindewahlbehörde/ Hauptwahlbehörde mit Beschluss anordnen, dass das Einlangen der Wahlkarten bei den betroffenen Gemeinden auch noch zu einem späteren Zeitpunkt als rechtzeitig zu werten ist. Dies ist insbesondere aufgrund von außerordentlichen Witterungsverhältnissen denkbar, wenn z.B. weiträumige Lawinsperren von Verkehrswegen, die Zustellung von Postsendungen über einen längeren Zeitraum vor dem Wahltag unmöglich machen und voraussichtlich bis zum Wahltag andauern. Erforderlichenfalls können in einem solchen Fall Sonderbestimmungen über die Erfassung dieser Wahlkarten sowie die sichere Verwahrung von Wahlkarten bis zu ihrer Erfassung und Auswertung getroffen werden. Es darf aber in diesen Fällen keinesfalls dazu kommen, dass auch Wahlkarten als rechtzeitig gewertet werden, von denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie erst nach Wahlschluss zur Briefwahl verwendet wurden.

Das Land Tirol stellt seit einigen Wahlgängen eine elektronische Wahlenwendung zur Verfügung, welche den Gemeinden und ihren Wahlbehörden die elektronische Erfassung der Wahlergebnisse und in weiterer Folge deren Meldung an die übergeordneten Wahlbehörden (Kreiswahlbehörden, Landeswahlbehörde) ermöglicht. Gerade im Hinblick auf die Bekanntgabe des - in Papierform wenig übersichtlichen - Vorzugsstimmenergebnisse

wird klargestellt, dass die jeweils übergeordnete Wahlbehörde, soweit die Übermittlung im Wege der elektronischen Wahlenwendung möglich war und stattgefunden hat, ihre Berechnungen und die Mandatsvergabe aufgrund der aus dem elektronischen System ersichtlichen Anzahlen der Vorzugsstimmen der Wahlwerber vornehmen darf.

Überprüfung des Wahlergebnisses

Binnen fünf Tagen nach der Kundmachung des Wahlergebnisses kann jede Wählergruppe, deren Wahlvorschlag kundgemacht wurde, hinsichtlich der zahlenmäßigen Ermittlung des Wahlergebnisses der Landtagswahl bei der Landeswahlbehörde oder der Wahl des Gemeinderates, und jede Wählergruppe, deren Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters kundgemacht wurde, hinsichtlich der zahlenmäßigen Ermittlung des Wahlergebnisses für die Wahl des Bürgermeisters durch ihren Zustellungsbevollmächtigten bei der Gemeindewahlbehörde schriftlich einen Überprüfungsantrag stellen. Im Überprüfungsantrag ist hinreichend glaubhaft zu machen, aus welchen Gründen von der unrichtigen Ermittlung des Wahlergebnisses durch bestimmte Wahlbehörden ausgegangen wird.

Die Gemeindewahlbehörde hat der Bezirkswahlbehörde den Überprüfungsantrag samt ihrer allfälligen Stellungnahme zur Entscheidung zu übermitteln. Enthält der Überprüfungsantrag keine hinreichende Glaubhaftmachung, ist er von der Bezirkswahlbehörde, bei der Landtagswahl von der Landeswahlbehörde zurückzuweisen. Ergibt die Überprüfung die Unrichtigkeit der zahlenmäßigen Ermittlung des Wahlergebnisses, hat die Landeswahlbehörde/Bezirkswahlbehörde dieses unverzüglich richtigzustellen. Andernfalls ist der Überprüfungsantrag von der Landeswahlbehörde/ Bezirkswahlbehörde abzuweisen. Das richtige Wahlergebnis ist von der Landeswahlbehörde bzw. der betreffenden Gemeindewahlbehörde kundzumachen. Für die Innsbrucker Gemeinderatswahl ist der Überprüfungsantrag bei der Hauptwahlbehörde zu stellen.

Wenn eine Landtagswahl gleichzeitig mit einer bundes- oder landesgesetzlich geregelten Wahl, Volksbefragung oder Volksabstimmung durchgeführt werden soll, kann die Gemeindewahlbehörde die Einteilung der Wahlsprengel anpassen, insbesondere bestehende Wahlsprengel auflösen bzw. neue Wahlsprengel bilden. Dies ist jedoch nur dann erforderlich, wenn die Sprengelteilung für

die Landtagswahl bzw. die Bundeswahl, Volksbefragung oder Volksabstimmung unterschiedlich wäre. Bei gleichzeitiger Durchführung einer Landtagswahl mit allgemeinen Wahlen des Gemeinderates und des Bürgermeisters besorgen die Gemeinde-, Sprengel- und Sonderwahlbehörden, die für die Landtagswahl eingerichtet wurden, auch die Aufgaben bezüglich der Gemeinderatswahl.

Volksbefragung - Volksabstimmung - Volksbegehren

Der Eintragungszeitraum beträgt acht aufeinanderfolgende Tage, wobei Sonntage und gesetzliche Feiertage nicht mitgezählt werden. Treten vor Beginn des Eintragungsverfahrens außerordentliche Umstände ein, aufgrund derer das Volksbegehren im Eintragungszeitraum voraussichtlich nicht ohne Gesundheitsgefährdung, nicht ordnungsgemäß oder nicht ohne erhebliche Gefährdung der Wahlgrundsätze durchgeführt werden kann, so kann die Landesregierung den Eintragungszeitraum auf Antrag der Landeswahlbehörde durch Verordnung verschieben. Die Verschiebung ist aber nur im unbedingt erforderlichen

Ausmaß, höchstens aber um sechs Monate zulässig. Das gilt sinngemäß auch für außerordentliche Umstände, die im Lauf des Eintragungsverfahrens, jedoch noch vor dem Ende des Eintragungszeitraums eintreten. In diesen Fall kann die Landesregierung den Eintragungszeitraum mit Verordnung auf Antrag der Landeswahlbehörde um höchstens acht Tage verlängern oder, wenn die außerordentlichen Umstände länger andauern, einen ergänzenden Eintragungszeitraum festlegen.

Stimmberechtigt ist jede zum Landtag wahlberechtigte Person, die spätestens am letzten Tag des Eintragungszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet hat.

Die Eintragungszeit hat an Werktagen außer Samstagen zumindest die Zeit von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, an zwei Werktagen zusätzlich bis 20.00 Uhr, und an Samstagen zumindest die Zeit von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr zu umfassen; für Sonntage und gesetzliche Feiertage ist keine Eintragungszeit festzulegen. In Gemeinden mit weniger als 2.500 Einwohnern kann an Samstagen die Eintragungszeit auf jeweils zwei aufeinanderfolgende Stunden verkürzt werden.

38.

TBO Novelle LGBL Nr. 60/2020 und TBV Novelle LGBL Nr. 61/2020

Mit 1. Juni 2020 ist

- das Gesetz vom 13. Mai 2020, kundgemacht im LGBL 60/2020, mit dem die Tiroler Bauordnung 2018 (TBO 2018) geändert wird und
- die Verordnung der Landesregierung vom 19. Mai 2020, kundgemacht im LGBL 61/2020, mit der die Technischen Bauvorschriften 2016 (TBV 2016) geändert werden,
in Kraft getreten.

I. Zur Novelle der Tiroler Bauordnung 2018:

Mit der gegenständlichen Novellierung werden im Wesentlichen in Bezug auf die Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaschutzübereinkommens zur Reduktion der Treibhausgase die energietechnischen Bereiche unter Einhaltung der unionsrechtlichen Vorgaben, insbesondere der Richtlinie (EU) 2018/844 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und der

Richtlinie 2012/27/EU über Energieeffizienz, ABl. 2018 Nr. L 156, S. 75 (kurz: Gebäuderichtlinie) neu geregelt und klarer strukturiert. Weiters soll durch die Neuformulierung des Begriffs der „größeren Renovierung“ die Sanierungsrate bei Teilsanierungen angehoben werden und die „Alternativenprüfung“ im Bereich des eingesetzten Energieträgers gestärkt werden.

Zusammengefasst handelt es sich vor allem um folgende Änderungen:

- Erweiterung der Ausnahme vom Geltungsbereich hinsichtlich baulicher Anlagen, die dem Veranstaltungsgesetz unterliegen,
- Neudefinition des Begriffs der „größeren Renovierung“,
- Anpassungen bei der Aufstellung von Bienenhäusern und Bienenständen im Mindestabstandsbereich,
- Erleichterungen bei der Aufstellung von Unterflursystemen zur Sammlung von Abfällen,

- Einführung einer Höhenbeschränkung für begehbare Dächer und Terrassenüberdachungen,
- Erleichterungen beim Nachweis der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden durch Ermöglichung eines „gleichwertigen Abweichens“,
- Neuformulierung der Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz und deren Ausnahmen,
- Neuformulierung des Erfordernisses der Ausstellung von Energieausweisen,
- Anpassung des Erfordernisses der Alternativenprüfung auch für größere Renovierungen,
- Neue Verordnungsmächtigung für die Landesregierung über den Inhalt und die Form der Alternativenprüfung,
- Erleichterungen bei der nachträglichen Anbringung eines Vollwärmeschutzes.

Zu den einzelnen Bestimmungen in der TBO 2018:

§ 1 Abs. 3 lit. u):

Die Ausnahmebestimmung, wonach nur Zelte, die im Rahmen von öffentlichen anmeldepflichtigen Einzelveranstaltungen nach den §§ 4 Abs. 1 und 6 Abs. 1 lit. a des Tiroler Veranstaltungsgesetzes 2003, LGBL. Nr. 86/2003, in der jeweils geltenden Fassung, aufgestellt werden, vom Geltungsbereich der Tiroler Bauordnung 2018 ausgenommen sind, hat in der Praxis eine rechtliche Differenzierung zwischen Zelten und sonstigen im Zuge der Veranstaltung notwendigen baulichen Anlagen, wie zum Beispiel Schießbuden, Marktstände, Kassengebäude, Container usw. notwendig gemacht.

Aus diesem Grund wurde der Katalog der Ausnahmebestimmungen auch auf solche, unmittelbar mit der Veranstaltung zusammenhängende bauliche Anlagen vorübergehenden Bestandes erweitert.

§ 2 Abs. 27:

Nach der derzeitigen Rechtslage ist entsprechend der Legaldefinition immer dann von einer größeren Renovierung auszugehen, wenn von der Renovierung eines Gebäudes mehr als 25 v.H. der Oberfläche der Gebäudehülle betroffen sind. Diese Regelung führt oft dazu, dass Bauwerber von einer thermischen Sanierung der Gebäudehülle Abstand nehmen, da an die größere Renovierung höhere Anforderungen an den Energiebedarf und das Mindestmaß von Energie aus erneuerbaren

Quellen gestellt werden, als bei einer sonstigen Renovierung, bei der nur Anforderungen an wärmeübertragende Bauteile gestellt werden.

Aus diesem Grund wurde von der Möglichkeit im Art. 2 Z 10 der Gebäuderichtlinie Gebrauch gemacht, sodass zukünftig nur mehr dann eine „größere Renovierung“ vorliegt, wenn zusätzlich zu den bereits bestehenden Voraussetzungen auch noch die Gesamtkosten der Renovierung der Gebäudehülle und der gebäudetechnischen Systeme mehr als 25 v.H. des Gebäudewertes betragen. Mit dieser Änderung der Begriffsbestimmung soll die Anzahl der Teilsanierungen zur Erreichung der Klimaziele erhöht werden und eine Erleichterung bei der Vollziehung erreicht werden.

Der Nachweis des Gebäudewertes soll auf möglichst einfache Weise erfolgen. Um sowohl dem Bauwerber als auch der Baubehörde kostenintensive Schätzgutachten zum Gebäudewert durch Sachverständige zu ersparen, kann bei der Berechnung des Gebäudewertes auf das Pauschalwertmodell entsprechend § 4 Abs. 1 des Grunderwerbsteuergesetzes 1987 - GrEStG 1987, BGBl. Nr. 309/1987 zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 104/2019, in Verbindung mit § 2 der Grundstückswertverordnung - GrWV, BGBl. II Nr. 442/2015 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 291/2019 zurückgegriffen werden. Demnach errechnet sich der Wert eines Gebäudes von der Nutzfläche bzw. Bruttogrundrissfläche multipliziert mit dem Baukostenfaktor (in Tirol beträgt dieser derzeit 1.370,- Euro) abzüglich eines prozentuellen Abschlages für das Alter und den Zustand des Gebäudes. Dieses Modell hat sich in der Praxis bewährt.

Gegenständliches Berechnungsmodell ist auf der Internetseite des Bundesministeriums für Finanzen abrufbar.

Der Bauwerber kann den Gebäudewert auch durch Vorlage eines Schätzgutachtens nachweisen und so gegebenenfalls die Ergebnisse des Pauschalwertmodelles widerlegen.

§ 2 Abs. 28:

Die Begriffsbestimmung der „hocheffizienten alternativen Systeme“ wurde an die bestehende Definition in der OIB-Richtlinie 6, Punkt 5.1.2, Ausgabe April 2019, angepasst. Nunmehr stellen alle Wärmepumpen unabhängig von ihrer Jahresarbeitszahl solche Systeme dar, zumal die Jahresarbeitszahl nur bedingt für die Darstellung der Hocheffizienz herangezogen werden kann.

Um zu verhindern, dass bereits bei einem ganz geringen Prozentsatz des Einsatzes von erneuerbaren Energien diese Systeme als hocheffiziente alternative Systeme angesehen werden und somit keiner Alternativenprüfung bedürfen, sind - vor dem Hintergrund des Ausstieges aus fossilen festen und flüssigen Brennstoffen und des Klimaschutzes - diese nur dann als hocheffiziente alternative Systeme anzusehen, wenn sie überwiegend auf Energie aus erneuerbaren Quellen oder auf Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen beruhen.

§ 2 Abs. 30 und Abs. 31 bis 34:

Der Abs. 30 des § 2 wurde ersatzlos aufgehoben, da eine neue Begriffsbestimmung in der vom Österreichischen Institut für Bautechnik herausgegebene Richtlinie, Begriffsbestimmungen, Ausgabe April 2019, definiert wird und diese in der Novelle zu den Technischen Bauvorschriften 2016 verbindlich erklärt wurde.

§ 5 Abs. 2 und Abs. 3:

Wie schon mit der TBO-Novelle LGBL. Nr. 109/2019, mit der die rechtliche Möglichkeit geschaffen wurde, Unterflursysteme zur Sammlung von Abfällen vor der Baugrenzlinie errichten zu dürfen, dürfen diese bodensparenden und mit dem Orts- und Straßenbild verträglichen Systeme zur Sammlung von Abfällen nunmehr auch vor die Straßen- und Baufluchtlinie ragen. Diese Unterflursysteme sind auch aus Gründen des Emissionsschutzes der Nachbarn zu begrüßen, da die Sammelbehälter unterirdisch und somit lärmgeschützt, insbesondere bei der Sammlung von Glas, sind. Aus abfalltechnischer Sicht können nicht alle Abfälle für zulässig erklärt werden.

§ 6 Abs. 4 lit. a):

Die Entschließung des Tiroler Landtages vom 30.03.2017, GZ 42/17, war Ausgangspunkt für die Neufassung des Tiroler Bienenwirtschaftsgesetzes 2019, LGBL. Nr. 1/2020. Kernstück dieser Neufassung ist die Neuregelung der Mindestabstände von Bienenhäusern und Bienenständen zu Nachbargrundstücken. Diese wurden im Vergleich zur geltenden Rechtslage verringert. Da Bienenhäuser und Bienenstände zur Haltung von mehr als zehn Bienenstöcken dem Geltungsbereich der Tiroler Bauordnung 2018 unterliegen, wurden auch diese bei Einhaltung der im Tiroler Bienenwirtschaftsgesetzes 2019 festgesetzten Voraussetzungen innerhalb der Mindestabstände erlaubt, um die positiven Auswirkungen der Bienenzucht sowohl für die Landwirtschaft als auch die Umwelt zu fördern.

Weiters wurde erstmalig die Höhe von begehbaren Dächern in den Mindestabstandsflächen beschränkt. Nach der geltenden Rechtslage können begehbare Dächer mit Zustimmung des Nachbarn theoretisch ohne Höhenbeschränkung errichtet werden. Beim Neubau regeln Abstandsbestimmungen zwar eine Beschränkung auf 2,8 m, im Gewerbe- und Industriegebiet auf 3,50 m der mittleren Wandhöhe. Ein darüberliegendes begehbare Dach wäre somit nur beim Umbau bestehender Gebäude möglich. Mit den neuen Bestimmungen wurde nunmehr generell die Errichtung von begehbaren Dächern im Mindestabstandsbereich über der angeführten Höhe aus Nachbarnschutzgründen untersagt.

§ 6 Abs. 4 lit. c):

Mit der TBO-Novelle, LGBL. Nr. 94/2016, wurde die Möglichkeit geschaffen, mit Zustimmung des betroffenen Nachbarn, Terrassen in den Mindestabstandsflächen zu überdachen. Da diese Regelung jedoch keine maximale Höhe dieser Überdachung vorsieht, erfolgte in Anlehnung an die bereits bestehenden Höhenbestimmungen von baulichen Anlagen im Mindestabstandsbereich eine Höhenbeschränkung aus Gründen des Nachbarschaftsschutzes.

§ 8 Abs. 7:

Hier erfolgt lediglich die Berichtigung eines grammatikalischen Redaktionsversehens.

§ 20 Abs. 3:

Nach der bisherigen Rechtslage sind Abweichungen von den Technischen Bauvorschriften 2016, LGBL. Nr. 33/2016, und somit vom festgesetzten Stand der Technik immer dann möglich, wenn durch ein Sachverständigengutachten nachgewiesen wird, dass das technisch vorgegebene Schutzziel durch andere geeignete Maßnahmen erreicht wird.

Im Bereich des Nachweises der Gesamtenergieeffizienz ist dies jedoch aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Vorgaben nicht möglich. Um jedoch mehr Raum für die Planungs- und Baufreiheit zu schaffen und um innovative bzw. bestandsgerechte Lösungen zu ermöglichen, wurde nunmehr auch im Bereich der Gesamtenergieeffizienz die Möglichkeit eines „gleichwertigen Abweichens“ ermöglicht, wobei in diesen Fällen die Nachweisführung über die Einhaltung des gleichen Schutzniveaus - wie in den anderen Fällen auch - stets dem Bauwerber obliegt. Diese Neuregelung entspricht den unionsrechtlichen Vorgaben im Art. 4 der Gebäuderichtlinie. Diesem

Umstand wird auch in der OIB-Richtlinie 6, Ausgabe April 2019, Rechnung getragen.

§§ 21, 22, 23, 24, 25 und 26:

Hier erfolgt die Regelung für den energietechnischen Gebäudebereich, indem im Wesentlichen zusammengefasst die Erfordernisse an die Gesamtenergieeffizienz und deren Ausnahmen festgelegt werden, die Erstellung und der Inhalt von Energieausweisen geregelt und Ausnahmen von der Verpflichtung zur Erstellung eines Energieausweises sowie das Kontrollsystem für Energieausweise festgelegt werden. Im Hinblick auf die Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaschutzübereinkommens zur Reduktion der Treibhausgase sowie vor dem Hintergrund der Einhaltung der unionsrechtlichen Vorgaben in der Gebäuderichtlinie wurde dieser Bereich neu geregelt und klarer strukturiert. In der Tiroler Bauordnung 2018 werden aufgrund der sich ständig verändernden Anforderungen nur die Grundsätze geregelt, die detailgenaue Regelung erfolgt jedoch weiterhin in den Technischen Bauvorschriften.

Im § 21 erfolgt eine Neustrukturierung, an welche Bauvorhaben grundsätzlich Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz gestellt werden. Wie bisher werden auch weiterhin Energieeffizienzanforderungen an den Neubau und die größere Renovierung gestellt.

Abs. 1 lit. c und d wurde neu gefasst. Es wird zwischen Zubauten und Verwendungszweckänderung einerseits und Umbauten andererseits unterschieden. Dabei gilt der Grundsatz, dass nur an solche Bauvorhaben Anforderungen gestellt werden, die sich energietechnisch auf das Gebäude auswirken. Weiters wurde von der in der Gebäuderichtlinie möglichen Ausnahmeregelung Gebrauch gemacht, dass von den Anforderungen abgewichen werden kann, wenn die Einhaltung entweder technisch, funktionell oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

Im Abs. 2 erfolgt eine Ausdehnung der Verordnungsermächtigung für die Landesregierung hinsichtlich der Berechnung der Gesamtenergieeffizienz unter Berücksichtigung des allgemeinen Rahmens und des kostenoptimalen Niveaus in Bezug auf die unionsrechtlichen Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/844 zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU.

Im neuen Abs. 3 wurde einerseits der unionsrechtlichen Verpflichtung nach Art. 6 und Art. 7 der Gebäuderichtlinie, eine Alternativenprüfung im Fall des Neubaus von Gebäuden und einer größeren Renovierung durchzuführen, entsprochen. Andererseits wurde durch eine

Verordnungsermächtigung für die Landesregierung, wonach diese näheren Bestimmungen über die Durchführung der technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Realisierbarkeit hocheffizienter alternativer Systeme erlassen kann, sichergestellt, dass die Alternativenprüfung inhaltlich vollständig und von den Baubehörden überprüfbar ist.

Im § 22 erfolgte eine Harmonisierung mit den Begriffsbestimmungen der vom Österreichischen Institut für Bautechnik herausgegebenen bautechnischen Richtlinien. Konkret wurde der Begriff „Industrieanlagen und Werkstatteengebäude“, der wörtlich aus der Gebäuderichtlinie übernommen wurde, durch den eindeutigeren Begriff der „Betriebsanlage“ ersetzt.

In § 23 Abs. 1 werden Anpassungen, die durch Änderungen im § 21 notwendig wurden, vorgenommen. Ein Energieausweis ist demnach weiterhin für Neubauten und größere Renovierungen erforderlich. Darüber hinaus ist ein Energieausweis nur mehr bei bewilligungspflichtigen Zubauten, Umbauten, sonstigen Änderungen und Änderungen des Verwendungszweckes von Gebäuden erforderlich, wenn damit konditionierte Räume neu geschaffen werden. Mit dieser Neuregelung sollen unterschiedliche Auslegungen bei der Vollziehung beseitigt werden. Mit der Neuformulierung der lit. d wird den unionsrechtlichen Vorgaben Rechnung getragen.

Aufgrund der Änderungen im Abs. 1 ist auch eine Anpassung des Abs. 2 erforderlich, wobei inhaltlich keine Änderung erfolgt.

Im Abs. 4 entfallen die GWR-Zahl als verpflichteter Inhalt. Die Abs. 5, 6 und 7 bleiben unverändert.

In § 24 bleiben für die Befugnis zur Ausstellung eines Energieausweises aus kompetenzrechtlichen Gründen weiterhin die berufsrechtlichen Vorgaben der Gewerbeordnung aufrecht.

Nicht mehr erforderlich ist jedoch die Voraussetzung, dass der Aussteller eines Energieausweises über eine Online-Applikation nach § 5 des Bundesgesetzes über das Gebäude- und Wohnungsregister, BGBl. I Nr. 9/2004, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 78/2018, verfügt. Weiters entfällt aus verwaltungsökonomischen Gründen die Pflicht zur Veröffentlichung einer Liste jener Personen und Stellen, die Energieausweise nach diesem Gesetz ausgestellt haben. Dafür besteht keine unionsrechtliche Verpflichtung in der Gebäuderichtlinie.

§ 25 bleibt inhaltlich unverändert, es erfolgt lediglich

eine Verweisungsanpassung aufgrund der Neu Nummerierung im § 23 Abs. 1. In § 26 erfolgt keine Änderung.

§ 31 Abs. 3:

Mit dieser Bestimmung wird der Umfang und der Inhalt von Planunterlagen für bestimmte Bauverfahren hinsichtlich des Energieausweises sowie der Prüfung der technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Realisierbarkeit des Einsatzes von hocheffizienten alternativen Systemen (Alternativenprüfung) geregelt. Mit der Bestimmung wird einerseits der unionsrechtlichen Verpflichtung in der Gebäuderichtlinie, eine Alternativenprüfung auch im Fall einer größeren Renovierung durchzuführen, Rechnung getragen. Andererseits wird durch eine Verordnungsermächtigung für die Landesregierung, wonach diese näheren Bestimmungen über die zu erbringenden Nachweise und die Form der technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Realisierbarkeit hocheffizienter alternativer Systeme erlassen kann, sichergestellt, dass die Alternativenprüfung inhaltlich vollständig und von den Baubehörden überprüfbar ist.

§ 34 Abs. 3 lit. e):

Mit dieser Bestimmung wird dem unionsrechtlichen Erfordernis nach Art. 6 Abs. 2 der Gebäuderichtlinie in Zusammenhang mit der Abweisung von Bauvorhaben bezüglich der Alternativenprüfung Rechnung getragen. Mit der Durchführung der Alternativenprüfung wird die Zielsetzung verfolgt, den Bauwerber zur Prüfung des Energieträgers im Neubau und bei größeren Renovierungen anzuhalten und im Fall, dass ein hocheffizientes alternatives System rechtlich und technisch möglich, ökologisch besser und wirtschaftlich vertretbar ist, diese verpflichtend zu verwenden.

Nach der bisherigen Rechtslage war ein Bauvorhaben unter anderem dann abzuweisen, wenn den Erfordernissen der Gesamtenergieeffizienz und der Energieeinsparung mit einem hocheffizienten alternativen System mit einem im Verhältnis zum erzielbaren Erfolg vertretbaren Aufwand wesentlich besser entsprochen werden konnte. Diese Formulierung hat sich in der Praxis jedoch als nicht ausreichend vollziehbar herausgestellt. Aus diesem Grund wurde die gegenständliche Bestimmung exakter ausgestaltet. Nunmehr ist ein Bauvorhaben abzuweisen, wenn nach Durchführung der Alternativenprüfung ein hocheffizientes alternatives System sowohl technisch und rechtlich realisierbar ist, ökologisch günstiger und wirtschaftlich nicht schlechter ist. Die Richtigkeit der Alternativenprüfung entsprechend dem

Formblatt zu den TBV 2016 ist wie bisher von der Baubehörde zu prüfen.

§ 46 Abs. 9:

Mit dieser Regelung kann die Baubehörde durch Bescheid die Errichtung von Ladepunkten für Elektrofahrzeuge (§ 37b Abs. 5 der Technischen Bauvorschriften 2016) vorschreiben, wenn der Eigentümer der baulichen Anlage seiner Verpflichtung nicht freiwillig nachkommt. Dies dient der Umsetzung von Vorgaben der Gebäuderichtlinie, wonach bei bestehenden Nichtwohngebäuden, bei denen die Anzahl der nachzuweisenden Abstellmöglichkeiten mehr als zwanzig beträgt, bis zum 1. Jänner 2025 mindestens ein Ladepunkt für Elektrofahrzeuge zu errichten ist. Um Probleme bei der Zustellung zu verhindern, gilt auch in diesem Verfahren die Bestimmung des § 46 Abs. 8, wonach im Fall von Superädifikaten der Grundeigentümer zur Auskunft verpflichtet wird. Kann auch damit die Maßnahme nicht umgesetzt werden, kann die Verpflichtung an den Grundstückseigentümer gerichtet werden.

§ 67 Abs. 1 lit. n Z 4:

Um die Nichteinhaltung der neu eingefügten Verpflichtung im § 46 Abs. 9 als strafbares Verhalten zu ahnden, wurde ein neuer Verwaltungsstrafatbestand geschaffen.

§ 71 Abs. 7: Die bereits bestehende Ausnahmebestimmung für die nachträgliche Anbringung eines Vollwärmeschutzes wird erweitert und auch von den Bestimmungen über die Baumasse ausgenommen. Dadurch wird eine Klarstellung im Sinne der Verbesserung der Energieeffizienz im Bereich der Altbausanierung ermöglicht.

§ 71 Abs. 20: Aus Gründen der Rechtssicherheit werden die neuen Bestimmungen über Gesamtenergieeffizienz, Energieausweis und Alternativenprüfung auf bereits anhängige Verfahren nicht angewandt.

In den **§§ 72 Abs. 4 Z 2, 72 Abs. 4 Z 5 und 72 Abs. 4 Z 6** erfolgt lediglich die Korrektur eines Redaktionsversehens und die Aktualisierung der Umsetzungshinweise.

II. Zur Novelle der Technischen Bauvorschriften 2016:

Mit der gegenständlichen Novelle wurden im Wesentlichen im Hinblick auf die Umsetzung der genannten Ziele des Pariser Klimaschutzübereinkommens zur Reduktion der Treibhausgase die energietechnischen Bereiche vor dem Hintergrund der Einhaltung der

europarechtlichen Vorgaben, insbesondere der Gebäude-richtlinie, neu geregelt und klarer strukturiert. Weiters wurden im Bereich des eingesetzten Energieträgers - mit genaueren Regelungen die „Alternativenprüfung“ betreffend - dem Klimaschutzgedanken noch weiter Rechnung getragen. Schließlich wurden Klarstellungen, Verfahrensvereinfachungen und sachlich begründbare Deregulierungen insbesondere im Bereich der Gesamtenergieeffizienz und der Energieeinsparung vorgenommen.

Überdies wurde mit der Novellierung der Technischen Bauvorschriften die Verbindlicherklärung der neuen OIB-Richtlinien, Ausgabe April 2019, mit der Zielsetzung der Kostenreduktion im Wohnbau realisiert und entsprechend der Entschliebung des Tiroler Landtags vom 14.12.2017, Zahl 417/17, den besonderen Anforderungen von Schutzhütten in Extremlage in baurechtlicher Hinsicht Rechnung getragen.

Zu den einzelnen Bestimmungen in den TBV 2016:

§ 24 Abs. 2:

Hier erfolgt keine inhaltliche Änderung sondern lediglich eine sprachliche Richtigtstellung.

§ 29 Abs. 3 lit. a):

Nach der bisherigen Rechtslage sind bei Gebäuden, die barrierefrei zu errichten sind, mindestens der Haupteingang oder ein Eingang in dessen unmittelbarer Nähe stufenlos auszugestalten. Diese Regelung führte sowohl im Vollzug als auch der Planung zu unterschiedlichen Auslegungen und kostenintensiven Rampenerschließungen, insbesondere in Hanglagen. Nunmehr wird die barrierefreie Erschließung eines Gebäudes auch über einen anderen Eingang, insbesondere auch die Tiefgarage, ermöglicht, wobei diese Alternativeschließung auch für Besucher des Gebäudes möglich sein muss. Dies setzt wiederum die Installation eines mit allen Wohnungen verbundenen Kommunikationssystems (Türglocke, Klingel, usw.) voraus.

§§ 33, 34, 35 und 35a:

Entsprechend § 21 Abs. 2 der Tiroler Bauordnung 2018 ist in der Verordnung nach § 20 Abs. 1 insbesondere die Methode der Berechnung der Gesamtenergieeffizienz unter Berücksichtigung des allgemeinen Rahmens und der kostenoptimalen Niveaus nach dem Anhang I bzw. III der Gebäude richtlinie festzulegen.

Weiters können für bestimmte Bauvorhaben die

Erfordernisse der Gesamtenergieeffizienz unter Bedachtnahme auf die technischen Möglichkeiten und die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit jeweils abweichend von jenen für Neubauten festgelegt werden. Ferner kann vorgesehen werden, dass Neubauten von Gebäuden mit einer konditionierten Netto-Grundfläche von weniger als 50 m² nur bestimmten Mindestanforderungen der Gesamtenergieeffizienz entsprechen müssen.

Neben den Anforderungen an den Neubau und die größere Renovierung von Gebäuden in § 33 Abs. 1 werden in der nunmehrigen Neufassung des § 33 Abs. 3 und Abs. 4 auch die Anforderungen für bewilligungspflichtige Zubauten, Änderungen des Verwendungszwecks, bewilligungspflichtige Umbauten sowie sonstige Änderungen von Gebäuden festgelegt. Neu ist in diesem Zusammenhang, dass die in den Abs. 3 und 4 angeführten Bauvorhaben nur dann den Vorgaben zu entsprechen haben, wenn dadurch entweder konditionierte Räume neu geschaffen werden oder wenn sich das Bauvorhaben wesentlich auf die Gesamtenergieeffizienz auswirkt. Weiters ist neu zu berücksichtigen, dass diese Anforderungen nur dann zu erfüllen sind, wenn dies technisch, funktionell und wirtschaftlich realisierbar ist.

Im Abs. 2 erfolgt ebenfalls in Anlehnung an die Novelle zur Tiroler Bauordnung eine Neuerung, dass die Anforderungen nicht mehr nur für jene Teile, die Gegenstand der Renovierung sind, gelten, sondern nunmehr von der gesamten bestehenden baulichen Anlage erfüllt werden müssen. Mit dieser Änderung wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass aufgrund des geänderten Begriffs der größeren Renovierung die Anzahl der Einzelsanierungen bei Gebäuden erhöht werden kann, um somit die Klimaziele des Pariser Klimaschutzübereinkommens zu erreichen. Liegt jedoch zukünftig eine größere Renovierung vor, so muss nicht nur der renovierte Teil des Gebäudes den erhöhten Anforderungen entsprechen, sondern das gesamte Gebäude an sich.

Im § 34 erfolgt entsprechend der Verordnungsermächtigung in § 23 der Tiroler Bauordnung die Regelung über den Inhalt und die Form des Energieausweises. Über die bisherige Regelung hinaus, wonach der Energieausweis den Anforderungen der OIB-Richtlinie 6 zu entsprechen hat, ist zukünftig noch ein weiteres Formblatt, das aus zwei Seiten besteht, verpflichtender Teil des Energieausweises. Dieses neue Formblatt, welches in seinem Layout dem bestehenden Energieausweis nachempfunden ist, beinhaltet zusätzliche Informationen

aus der Energieausweisberechnung in Form einer Zusammenfassung. Die Darstellung erfolgt in zwei Themenblöcken (Bautechnik und Haustechnik). Inhaltlich sind in standardisierter Ausgabeform die Eingabedaten und die Berechnungsergebnisse aus der Energieausweisberechnung dargestellt. Diese Daten dienen einerseits der Überprüfbarkeit der Angaben im Energieausweis (OIB-Richtlinie 6, Punkt 4 (Anforderungen an das Gebäude Punkte 4.4, 4.5, 4.7, 4.12 und 4.13) und sind andererseits für die Nachvollziehbarkeit der Alternativenprüfung erforderlich (Anforderungen an die Wahl der eingesetzten Energieträger - Punkte 5.1 und 5.2 der OIB-Richtlinie 6).

Für den Bauwerber entsteht dadurch kein Mehraufwand, da alle Daten zur Erstellung des Energieausweises notwendig sind und bereits im Energieausweisprogramm eingegeben wurden. Der Berechner des Energieausweises wählt lediglich beim Ausdruck des technischen Anhangs (Bestandteil des Energieausweises siehe OIB-Richtlinie 6 - Punkt. 6. 1. Absatz) nicht die „freie“ programmspezifische Ausgabeform der Zusammenfassung, sondern den „geregelten“ Ausdruck für das „neue Formblatt“ aus. Es ist somit keine zusätzliche Eingabe und auch kein „händisches“ Übertragen oder Ausfüllen notwendig.

Die Baubehörden haben damit den Vorteil, dass eine leichtere Kontrolle der oben angeführten Punkte möglich ist. Derzeit ist die Ausgabeform nicht standardisiert, sodass die Baubehörde alle Informationen aus dem technischen Anhang herausuchen muss. Die Form des Anhangs variiert je nach eingesetzter Energieausweisberechnungssoftware. Zudem sind derzeit händische Berechnungen seitens der Baubehörde notwendig, um bestimmte Punkte kontrollieren zu können. Das neue Formblatt stellt alle relevanten Informationen übersichtlich und in verwendbarer Form dar und ermöglicht daher eine viel raschere Bearbeitung durch die Baubehörde.

Die Änderungen des § 35 zum Niedrigstenergiegebäude beschränken sich auf eine Verweisanpassung im Abs. 3 auf die neuen OIB-Richtlinien, Ausgabe April 2019. Im Abs. 5 des § 35 wird der Katalog der erneuerbaren Energien ebenfalls in Anpassung an die Vorgaben des Österreichischen Instituts für Bautechnik um Abwärme erweitert. Es ist dabei aber nur solche Abwärme als erneuerbar anzusehen, die - unabhängig von der Art des Energieträgers - als Nebenprodukt eines Produktionsprozesses recycelt wird.

Trotz der Vorgabe, dass alle Gebäude ab 01.01.2021 als Niedrigstenergiegebäude ausgeführt sein müssen, ist aber auch für diese Gebäude noch eine Alternativenprüfung erforderlich, da für nicht hocheffiziente alternative Systeme die Anforderungen an den Primärenergiebedarf gemäß Art 2, Ziffer 2 des Nationalen Plans zur Definition des Niedrigstenergiegebäudes und zur Festlegung von Zwischenzielen, Ausgabe Februar 2018, gelten.

Eine wesentliche Änderung betrifft die Durchführung der Prüfung der rechtlichen, technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Realisierbarkeit des Einsatzes von hocheffizienten alternativen Systemen (**Alternativenprüfung**) aufgrund der neu geschaffenen Verordnungsermächtigung für die Landesregierung in § 31 Abs. 3 der Tiroler Bauordnung 2018. Die Alternativenprüfung wurde 2008 in der Tiroler Bauordnung verankert und ist verpflichtender Teil der Einreichunterlagen für Bauvorhaben. Von der Verordnungsermächtigung wird im neuen § 35a Gebrauch gemacht, zumal nach der bisherigen Rechtslage keine inhaltlichen Vorgaben bestanden und dadurch der Vollzug dieser Bestimmung nur erschwert möglich war.

Zur Schaffung einer für die Baubehörden nachvollziehbaren Alternativenprüfung wurde ein neues Formblatt eingefügt (Anlage 6b). Im Abs. 2 des § 35a wird der wesentliche Inhalt des Formblattes angeführt. Auf diesem Formblatt ist vorab neben standortbezogenen Daten der gewünschte Energieträger einzutragen. Die hierfür erforderlichen Angaben zum Primärenergiebedarf können dem ohnehin schon vorliegenden Energieausweis entnommen werden. In der Folge ist eine stufenweise Prüfung entsprechend den Vorgaben der OIB-Richtlinie 6, Ausgabe April 2019, Punkt 5, durchzuführen. Steht bereits zu diesem Zeitpunkt fest, dass entweder ein hocheffizientes alternatives System nach § 2 Abs. 28 der Tiroler Bauordnung oder der gleichlautenden OIB-Richtlinie 6, Pkt. 5.1.2, zum Einsatz kommt, der nicht erneuerbare Primärenergiebedarf die entsprechende Anforderung des Nationalen Plans an das Niedrigstenergiegebäude ab 1.1.2021 erfüllt oder der erforderliche Wärmebedarf für Raumheizung und Warmwasser mindestens zu 80 Prozent aus hocheffizienten alternativen Systemen gedeckt wird, ist dieser Umstand am Formblatt zu vermerken und ist die Alternativenprüfung bereits abgeschlossen. Liegt keiner dieser genannten Fälle vor, ist die rechtliche, technische,

ökologische und wirtschaftliche Prüfung gemäß OIB-Richtlinie 6, Ausgabe April 2019, Punkt 5.1.1, durchzuführen. Kommt der Bauwerber zum Schluss, dass ein hocheffizientes alternatives System rechtlich oder technisch nicht möglich ist, ist dies entsprechend zu begründen. Ergibt jedoch die Prüfung, dass ein hocheffizientes alternatives System rechtlich oder technisch möglich ist, ist die Wirtschaftlichkeit mittels der in der delegierten Verordnung (EU) 244/2012 der Kommission vom 16. Januar 2012 beschriebenen Berechnungsmethode zu berechnen. Es handelt sich dabei um die im Anhang I der genannten Richtlinie beschriebene Kapitalwertmethode, bei der alle für die Errichtung und den Betrieb der Anlage relevanten Kosten innerhalb des europarechtlich vorgegebenen Betrachtungszeitraumes mit in die Berechnung einfließen, wobei die Rahmenbedingungen für die Energiekosten, die anzusetzenden Energiepreiserhöhungen, den Diskontsatz und die Nutzungsdauern dem OIB-Dokument zum Nachweis der Kostenoptimalität, Ausgabe Februar 2018, entnommen werden können. Weiters wird mit der Festlegung in Abs. 3, wonach bei der Berechnung der Anfangsinvestitionskosten nur 80 v.H. der Gesamtkosten herangezogen werden dürfen, dem Umstand Rechnung getragen, dass nur der Eigenanteil des Bauwerbers für die Errichtungskosten herangezogen werden darf, zumal hocheffiziente alternative Systeme seitens des Landes zumindest mit einer Förderung von durchschnittlich mehr als 20 Prozent unterstützt werden. Diese Regelung gilt unabhängig davon, ob die Förderung auch tatsächlich in Anspruch genommen wird oder nicht.

Um den Bauwerber nicht noch weitere Kosten für die Erstellung der Alternativenprüfung zu verursachen und insbesondere aufwändige Berechnungen hintanzuhalten, wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein „Energie Tirol“ ein entsprechendes „Alternativenprüfungstool“ entwickelt, welches die oben angeführten normativen Anforderungen erfüllt. Dieses Tool ist auf der Homepage der Energie Tirol unter <https://www.energie-tirol.at/alternativenpruefung/> abrufbar und stellt die Berechnung aufgrund ihrer Einfachheit nahezu keinen zusätzlichen Aufwand für den Bauwerber dar. Der Einfachheit halber sind auf der genannten Homepage auch Referenzberechnungen für Ein- und Mehrfamilienhäuser abrufbar, die der Dokumentation unverändert zugrunde gelegt werden können.

§ 38:

Mit dieser Bestimmung werden die Ausgabedaten

- der OIB-Richtlinien 1 bis 6,
- der OIB-Leitfäden, der Begriffsbestimmungen und der Richtlinie „Zitierte Normen und sonstige technische Regelwerke“ aktualisiert und gemeinsam mit
- der OIB-Richtlinie 6 „Kostenoptimalität“ für verbindlich erklärt und entsprechende Ausnahmen davon festgelegt.

Mit der neuen Bestimmung im Abs. 5 des § 38 wird der Entschließung des Tiroler Landtags vom 14.12.2017, Zahl 417/17, wonach den besonderen Anforderungen von Schutzhütten in Extremlage in baurechtlicher Hinsicht Rechnung getragen werden soll, abschließend entsprochen. Im Brandfall von Schutzhütten in Extremlage stellt in Ermangelung externer Hilfe die Brandfrüherkennung das elementare Sicherheitselement dar, um den nicht mobilitätseingeschränkten Personen das schnellstmögliche Verlassen der Gefahrenzonen ermöglichen zu können. Gerade auf diese rechtzeitige Evakuierungsmöglichkeit basieren die meisten bautechnischen Erleichterungen für solche Gebäude, welche auf Initiative des Landes Tirol in den OIB-Richtlinien, Ausgabe April 2019, bundesweit Niederschlag gefunden haben. Aus diesem Grund wird für die Brandfrüherkennung eine Gefahrenmeldeanlage bei Schutzhütten mit mehr als 30 Betten nicht mehr für ausreichend erachtet (siehe derzeit OIB-Richtlinie 2, Ausgabe März 2015, Punkt 7.3.10 iVm. Punkt 7.3.13), zumal nur bei der Installation einer automatischen Brandmeldeanlage der Stand der Technik zur Branderkennung und unverzüglicher Alarmierung erreicht werden kann.

In wirtschaftlicher Hinsicht sind die Errichtungskosten von Brandmeldeanlagen geringer, jedoch im Vergleich zur Gefahrenmeldeanlage mit einem „überschießend“ hohen Wartungs- und Überprüfungsaufwand verbunden. Aus diesem Grund soll mit der Verbindlicherklärung des hiezu eigens erarbeiteten Merkblattes der österreichischen Brandverhütungstelle (Anlage 2a) der Stand der Technik entgegen den bestehenden österreichischen Vorgaben (TRVB 123S und ÖNORM F 3070) und dem derzeit in Deutschland herrschenden Stand der Technik (DIN VDE 0833-1 und DIN 14675) angepasst und verbindlich erklärt werden. Dadurch kann der wirtschaftliche Wartungs- und Überprüfungsaufwand auf ungefähr die Hälfte reduziert

werden. Die somit nahezu kostenneutrale Verschärfung der brandschutztechnischen Bestimmungen für Schutzhütten in Extremlage ist aufgrund der wesentlichen Erhöhung des Schutzniveaus unabdingbare Voraussetzung für die in den OIB-Richtlinien, Ausgabe April 2019, beschriebenen Erleichterungen.

§ 39:

Diese Bestimmung wurde aufgehoben. Nach der bisherigen Rechtslage waren Abweichungen von den Technischen Bauvorschriften 2016 und somit vom festgesetzten Stand der Technik immer dann möglich, wenn durch ein Sachverständigengutachten nachgewiesen wird, dass das technisch vorgegebene Schutzziel durch andere geeignete Maßnahmen erreicht wird. Im Bereich des Nachweises der Gesamtenergieeffizienz ist dies jedoch aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Vorgaben nicht möglich. Um jedoch mehr Raum für die Planungs- und Baufreiheit zu schaffen und um innovative bzw. bestandsgerechte Lösungen zu ermöglichen, wird nunmehr auch im Bereich der Gesamtenergieeffizienz die Möglichkeit eines „gleichwertigen Abweichens“ möglich sein, wobei in diesen Fällen die Nachweisführung über die Einhaltung des gleichen Schutzniveaus - wie in den anderen Fällen auch - stets dem Bauwerber obliegt. Es erfolgt daher eine Anpassung an die Neuregelung im § 22

Abs. 3 der Tiroler Bauordnung 2018, die den europarechtlichen Vorgaben im Art. 4 der Gebäuderichtlinie entspricht. Der Wegfall dieser Bestimmung soll aber nicht - wie in den Vorbemerkungen der OIB-Richtlinie 6, Ausgabe April 2019, anhand von Beispielen beschrieben - dazu führen, das Schutzziel, nämlich die Einhaltung der im § 33 Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz, herabzusetzen, sondern sind diese Anforderungen eben anderweitig zu erfüllen.

§ 42:

Aufgrund der erstmalig authentischen Kundmachung der Anlagen im Landesgesetzblatt sind die Absätze zwei und vier obsolet, wird die Bestimmung neu nummeriert und die Bekanntmachung im Internet vereinfacht.

§ 43 Abs. 3:

Die Übergangsbestimmung ist für laufende Verfahren zur Schaffung einer ausreichenden Rechtssicherheit erforderlich. Demnach sind für diese Verfahren noch die Technischen Bauvorschriften 2016 in der Fassung der Verordnung LGBl. Nr. 33/2016 in der zuletzt gültigen Fassung anzuwenden. Die bereits bestehenden Übergangsbestimmungen werden dadurch nicht berührt.

*MMag. Paul Tolloy
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht*

39. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2019

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	Inmt - 24 G		Ibk.-Land - 65 G		Kitzbühel - 20 G		Kufstein - 30 G		Landeck - 30 G		Lienz - 33 G		Reutte - 37 G		Schwarz 39 G		Su. Bezirke - 278 G		Ibk.-Stettl - 1 G		Summe Tirol 279 G			
	je EW	%	je EW	%	je EW	%	je EW	%																
Erwohnerzahl lt. Registerz 31.10.2015	59.346	9,61	177.605	28,76	63.608	10,30	108.316	17,54	44.227	7,16	48.858	7,91	52.521	9,21	83.167	13,47	132.224	100,00	132.224	17,63	749.853	100,00		
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	96.238	9,57	287.992	28,65	102.771	10,22	180.445	17,95	71.291	7,09	79.406	7,90	85.391	5,21	134.812	13,41	308.523	100,00	308.523	23,48	1.313.669	100,00		
Finanzkraft lt. 2017	10.971.091	8,90	30.153.211	24,46	15.329.026	12,44	24.057.214	19,52	10.172.739	8,25	7.414.243	6,02	7.457.743	6,05	17.699.352	14,36	123.254.619	100,00	123.254.619	20,45	554.931.519	100,00		
1 Ordentliche Einnahmen 1)	175.243.994	2,93	462.252.728	2,60	203.204.555	3,95	302.652.572	2,79	159.178.737	3,59	142.938.110	2,92	107.002.072	3,92	239.898.525	2,88	1.792.371.294	2,90	1.792.371.294	3,04	4.022.865.236	3,04	2.195.257.530	2,92
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	34.177.006	5,76	75.470.105	4,25	29.575.628	4,85	61.758.007	5,70	30.659.632	6,93	23.790.879	4,87	15.939.399	4,90	37.457.170	4,50	308.827.826	5,00	308.827.826	5,00	41.726.029	3,16	360.554.455	4,67
3 Gesamteinnahmen	209.421.000	3,529	537.722.834	3,028	232.780.184	3,660	364.410.579	3,364	189.838.369	4,292	166.728.988	3,413	122.941.471	3,783	277.356.699	3,335	2.101.199.120	3,402	2.101.199.120	3,402	444.612.865	3,363	2.646.811.985	3,395
4 Personalaufwand 2)	41.560.995	7,00	122.500.995	6,90	44.693.983	7,03	72.863.715	6,73	30.595.566	6,90	30.552.970	6,25	21.337.989	6,57	48.040.054	5,78	412.073.267	6,67	412.073.267	6,67	87.054.468	6,56	499.127.766	6,66
5 Sachaufwand	134.890.565	2,272	340.162.355	1,915	156.520.128	2,461	230.997.642	2,133	124.376.278	2,812	114.517.195	2,344	86.425.774	2,669	195.072.249	2,358	1.363.871.185	2,241	1.363.871.185	2,241	303.854.053	2,298	1.687.725.638	2,251
6 Ordentliche Ausgaben 1)	176.370.560	2,972	462.653.349	2,605	201.210.111	3,163	303.881.357	2,806	154.882.844	3,502	145.070.165	2,989	107.763.783	3,316	244.112.303	2,935	1.795.944.451	2,908	1.795.944.451	2,908	390.909.152	2,956	2.186.853.603	2,916
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	35.314.148	5,95	88.903.245	5,01	28.422.157	4,47	63.256.089	5,84	32.452.318	7,34	24.083.281	4,93	14.752.084	4,54	35.605.439	4,28	322.788.760	5,23	322.788.760	5,23	41.726.629	3,16	364.515.389	4,86
8 Gesamtausgaben	211.884.707	3,567	551.556.594	3,106	230.632.268	3,610	367.137.446	3,390	187.335.161	4,236	169.153.446	3,462	122.515.847	3,769	275.717.742	3,363	2.118.733.212	3,430	2.118.733.212	3,430	432.635.781	3,272	2.551.368.992	3,402
In % der Bezirkssumme	9,99%		26,03%		10,84%		17,33%		8,84%		7,98%		5,78%		13,20%		100,00%		100,00%		16,96%		100,00%	
Eigene Steuern:																								
9 Grundsteuer A	123.452	2	333.793	2	200.213	3	250.756	2	94.003	2	150.394	3	107.568	3	273.617	3	1.533.796	2	1.533.796	2	17.976	0	1.551.771	2
10 Grundsteuer B	5.737.793	97	14.406.982	81	9.533.771	150	9.672.872	89	5.350.541	121	3.190.414	65	3.703.881	114	7.712.503	93	59.298.756	96	59.298.756	96	12.000.073	91	71.298.629	95
11 Kommunalsteuer	20.054.265	338	56.647.265	319	24.022.364	378	49.131.168	454	18.248.696	413	14.306.233	293	13.554.370	417	35.110.631	422	231.074.951	374	231.074.951	374	65.109.815	492	296.184.766	395
12 Vermögenssteuer	9.591	0	101.755	1	154.291	2	135.099	2	86.295	3	148.295	3	36.700	1	58.617	1	731.930	1	731.930	1	444.407	3	1.176.337	2
13 Hundsteuer	216.581	4	615.229	3	208.277	3	305.224	3	130.649	3	107.778	2	103.082	3	255.277	3	1.943.096	3	1.943.096	3	452.894	4	2.405.990	3
14 Verbrauchsteuer	275.212	5	1.254.438	7	1.048.908	16	2.044.022	19	341.438	8	228.476	5	1.282.568	39	633.959	8	7.109.022	12	7.109.022	12	7.981.257	60	15.090.279	20
15 Verwaltungsabgabe	408.158	7	802.068	5	620.401	10	597.948	6	316.709	7	330.109	7	205.535	6	511.098	6	1.726.041	13	1.726.041	13	5.518.068	7	5.518.068	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	340.726	6	436.622	2	438.219	7	578.142	5	524.810	12	1.320.822	27	169.762	5	739.389	9	4.548.493	7	4.548.493	7	8.269.784	63	12.838.277	17
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	9.156	0	9.152	0	297	0	1.369	0	0	0	1.889	0	816	0	228	0	-106.305	0	-106.305	0	-112.323	0	-112.323	0
18 Inanspruchnahme d. Verfallsabg.	3.371.309	57	9.229.040	52	8.067.327	127	6.283.831	58	3.614.104	82	2.510.385	51	1.822.279	56	4.745.093	57	39.623.369	64	39.623.369	64	4.250.900	32	43.874.268	59
19 Summe Eigene Steuern	30.527.928	514	83.729.681	471	44.294.057	696	66.981.431	637	28.709.512	649	22.291.008	456	20.985.582	646	50.039.956	602	349.549.134	566	349.549.134	566	100.270.823	758	448.619.957	600
20 Abgabentragsanteile nach aBS 5)	56.395.468	950	168.685.777	950	60.199.200	946	105.685.945	976	41.759.432	944	45.514.680	952	30.888.181	944	78.964.653	949	588.867.365	953	588.867.365	953	160.650.079	1.366	769.517.444	1.026
21 Spielbankabgabe 6)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.236.668	2	1.236.668	2	1.250.494	9	2.487.162	3
22 Abgabentragsanteile nicht nach aBS 7)	6.739.419	114	8.816.907	50	5.709.373	90	8.493.656	78	7.853.337	178	3.292.215	67	3.278.278	101	10.404.876	125	54.578.062	88	54.578.062	88	24.450.862	185	79.028.924	105
23 Summe Abgabentragsanteile	63.108.907	1.063	176.279.703	1.004	66.368.230	1.043	114.179.801	1.054	49.812.789	1.122	49.796.895	1.019	33.966.459	1.045	89.389.530	1.075	644.682.094	1.044	644.682.094	1.044	206.351.435	1.861	851.033.530	1.135
24 Weitere Einnahmen:																								
25 Benutzungsgebühren nach dem FAG 8)	21.904.821	369	47.373.013	267	24.814.727	390	22.212.762	205	21.346.644	483	15.246.428	312	10.680.194	329	27.463.394	330	191.041.983	309	191.041.983	309	22.559.771	171	213.601.754	285
26 Bedarfsleistungen 9)	9.427.579	159	23.822.188	134	7.157.864	113	10.576.050	98	8.485.754	192	13.548.692	277	9.055.100	279	15.866.260	191	97.939.487	159	97.939.487	159	10.082.000	76	108.021.487	144
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	124.965.236	2.106	333.204.585	1.876	142.634.878	2.242	215.949.844	1.994	108.154.679	2.445	100.873.023	2.065	74.687.315	2.298	162.739.139	2.197	1.283.212.698	2.078	1.283.212.698	2.078	339.264.029	2.666	1.622.476.727	2.164
Verpflichtungen zum 31.12.:																								
28 Darlehensaufnahmen	16.217.800	273	29.973.840	169	15.313.715	241	29.482.950	272	14.039.285	317	7.136.906	146	6.999.972	215	19.750.193	237	138.914.681	225	138.914.681	225	0	0	138.914.681	185
29 Schuldzinsen	943.684	16	2.786.983	16	610.533	10	1.059.127	10	993.542	22	757.800	16	460.336	14	900.803	11	8.512.609	14	8.512.609	14	1.585.782	12	10.098.391	13
30 laufende Schuldentilgung	11.004.537	185	17.571.735	99	6.167.560	97	9.510.158	88	10.163.268	230	6.759.647	138	5.847.047	180	10.051.924	121	77.075.875	125	77.075.875	125	1.718.320	13	78.794.195	105
31 Schuldenstand zum 31.12.	130.405.448	2.197	238.053.597	1.340	122.557.891	1.224	125.567.891	1.159	120.800.682	2.731	86.343.812	1.808	52.435.989	1.613	121.173.457	1.457	954.614.802	1.545	954.614.802	1.545	119.937.767	907	1.074.552.569	1.433
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	5.404.596	91	126.980.651	715	54.230.553	853	28.750.430	265	72.645.276	1.643	15.919.376	326	38.948.522	1.195	47.571.325	572	390.350.730	632	390.350.730	632	118.646.639	897	508.997.569	679
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	2.																							

40. Finanzdaten der Gemeinden Tirols - Entwicklung 2017 bis 2019

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	TIROLER GEMEINDEN OHNE INNSBRUCK			STADTGEMEINDE INNSBRUCK			TIROLER GEMEINDEN INKLUSIVE INNSBRUCK			2019 (279 Gem.)			2018 (279 Gem.)			2019 (279 Gem.)			
	2017 (278 Gem.)	2018 (278 Gem.)	2019 (278 Gem.)	2017	2018	2019	2017 (279 Gem.)	2018 (279 Gem.)	2019 (279 Gem.)	2017 (279 Gem.)	2018 (279 Gem.)	2019 (279 Gem.)	2017 (279 Gem.)	2018 (279 Gem.)	2019 (279 Gem.)	2017 (279 Gem.)	2018 (279 Gem.)	2019 (279 Gem.)	
	in Euro	in Euro	in Euro	je EW	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	
Einwohnerzahl lt. Registerz. 2013/14/15	606.289	612.909	617.629	129.907	132.140	132.224	736.176	745.049	745.049	736.176	745.049	745.049	736.176	745.049	745.049	736.176	745.049	745.049	
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	984.712	996.740	1.005.346	308.327	308.327	308.327	1.287.828	1.305.067	1.305.067	1.287.828	1.305.067	1.305.067	1.287.828	1.305.067	1.305.067	1.287.828	1.305.067	1.305.067	
Finanzkraft I für 2017	114.296.077	118.660.730	123.254.619	29.803.586	30.730.780	31.078.930	144.102.663	149.391.510	144.102.663	144.102.663	149.391.510	144.102.663	144.102.663	149.391.510	144.102.663	144.102.663	149.391.510	144.102.663	
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.691.231.506	1.788.437.908	1.792.371.294	2.902	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	257.239.687	424	523	308.827.826	500	656	41.726.629	316	355.515.255	483	407.528.063	547	350.554.455	467	350.554.455	467	350.554.455	467	350.554.455
3 Gesamteinnahmen	1.948.471.193	2.109.233.274	3.441	2.101.199.120	3.402	466.460.005	3.514	465.357.482	3.522	444.812.865	3.393	2.574.990.766	3.466	2.545.811.985	3.395	2.545.811.985	3.395	2.545.811.985	3.395
4 Personalaufwand 2)	370.782.503	612	631	81.489.220	667	82.017.284	631	81.489.220	617	87.054.499	658	452.999.787	628	489.127.766	666	489.127.766	666	489.127.766	666
5 Sachaufwand	1.325.051.990	2.186	2.291	1.404.174.243	2.241	276.274.832	2.127	297.135.274	2.249	303.854.653	2.298	1.801.326.822	2.175	1.701.309.517	2.283	1.887.725.838	2.251	1.887.725.838	2.251
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.695.834.494	2.797	2.922	1.795.944.451	2.908	358.292.116	2.758	378.634.494	2.865	390.903.152	2.966	2.054.126.610	2.790	2.189.438.152	2.912	2.189.438.152	2.912	2.189.438.152	2.912
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	268.291.523	443	523	307.386.170	523	322.789.780	523	307.386.170	523	322.789.780	523	366.587.091	498	394.118.467	498	366.587.091	498	366.587.091	498
8 Gesamtausgaben	1.964.126.016	3.240	3.443	2.118.733.212	3.430	466.597.685	3.515	465.366.791	3.522	432.635.781	3.272	2.420.693.701	3.288	2.583.556.619	3.441	2.583.556.619	3.441	2.583.556.619	3.441
Eigene Steuern:																			
9 Grundsteuer A	1.122.624	2	2	1.533.796	2	11.642	0	11.671	0	17.976	0	1.134.266	2	1.037.785	2	1.037.785	1	1.551.771	2
10 Grundsteuer B	56.619.739	93	96	59.298.756	96	11.618.080	89	11.923.899	90	12.000.073	91	68.237.820	93	70.683.196	95	71.298.829	95	71.298.829	95
11 Kommunalsteuer	207.107.240	342	357	231.074.951	374	59.322.061	457	61.929.830	469	65.109.815	492	266.429.301	362	290.882.967	377	296.184.766	395	296.184.766	395
12 Vergütungssteuer	1.286.682	2	3	732.167	1	923.415	3	410.465	3	444.407	3	1.142.632	2	1.176.337	2	1.176.337	2	1.176.337	2
13 Hundesteuer	1.683.454	3	3	1.808.921	3	1.943.096	3	442.894	3	462.894	4	2.133.036	3	2.260.990	3	2.405.990	3	2.405.990	3
14 Gebrauchsabgabe	7.042.148	12	11	7.109.022	12	8.046.386	62	7.853.832	59	7.981.257	60	15.088.534	20	14.772.121	20	15.090.279	20	15.090.279	20
15 Verwaltungsabgabe	3.715.051	6	6	3.732.026	6	1.789.272	14	1.728.196	13	1.728.041	13	5.504.322	7	5.461.379	7	5.518.068	7	5.518.068	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	4.052.670	7	7	4.548.493	7	8.374.305	64	8.161.893	62	8.289.784	63	12.426.975	17	12.419.993	17	12.838.277	17	12.838.277	17
17 Sonstige alle Gemeindeabgaben 4)	-46.664	0	0	-106.305	0	-59.359	0	-64.925	0	-12.323	0	-106.023	0	-109.424	0	-116.828	0	-116.828	0
18 Interessentbeiträge n. VerhAufschlAbg	38.703.086	64	66	40.154.725	66	39.623.369	64	5.216.632	40	5.002.630	38	43.919.617	60	45.157.555	61	43.874.268	59	43.874.268	59
19 Summe Eigene Steuern	321.286.031	530	549	349.549.134	566	95.691.914	737	97.409.862	737	100.270.823	758	416.977.945	566	433.708.794	582	449.819.957	600	449.819.957	600
20 Abgabentransporte nach aBS 5)	521.268.453	860	890	545.706.967	890	160.469.724	1.235	169.334.067	1.280	180.950.079	1.366	681.769.177	926	714.840.934	959	769.517.444	1.026	769.517.444	1.026
21 Spielbankabgabe 6)	1.234.129	2	2	1.236.668	2	1.016.693	8	1.122.766	8	1.250.494	9	2.580.822	3	2.378.340	3	2.487.162	3	2.487.162	3
22 Abgabentransporte nicht nach aBS 7)	50.992.527	84	86	52.453.134	86	54.578.062	88	21.888.012	168	22.968.875	174	24.450.826	185	72.880.539	99	75.421.709	101	79.028.924	105
23 Summe Abgabentransporte	573.485.109	946	978	644.582.094	1.044	183.374.428	1.412	193.226.408	1.462	206.351.435	1.561	756.869.438	1.028	792.640.983	1.064	851.033.530	1.136	851.033.530	1.136
24 Weitere Einnahmen:																			
25 Beiträge nach dem FAG 8)	176.719.001	291	303	191.041.983	309	21.057.137	162	21.877.079	166	22.569.771	171	197.776.138	269	207.838.537	279	213.801.754	285	213.801.754	285
26 Beiträge nach dem FAG 9)	101.154.616	167	167	102.330.495	167	97.539.487	159	10.001.804	77	10.010.613	76	111.156.220	151	112.341.108	151	108.021.487	144	108.021.487	144
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	1.172.654.758	1.934	1.997	1.283.212.698	2.078	310.125.084	2.387	322.522.662	2.441	339.264.029	2.566	1.482.779.842	2.014	1.546.529.422	2.076	1.622.476.727	2.164	1.622.476.727	2.164
Verpflichtungen zum 31.12.:																			
28 Darlehensaufnahmen	128.209.585	211	273	138.914.661	225	40.000.000	308	45.000.000	341	0	0	168.209.585	228	212.509.219	285	138.914.661	185	138.914.661	185
29 Schuldzinsen	7.475.514	12	13	8.512.609	14	720.402	13	1.074.696	8	1.595.782	12	8.195.916	11	9.010.212	12	10.098.391	13	10.098.391	13
30 laufende Schuldentilgung	72.757.031	120	120	73.778.414	120	77.075.875	125	1.698.407	13	1.698.875	13	74.455.438	101	75.475.289	101	76.794.195	105	76.794.195	105
31 Schuldenstand zum 31.12.	827.686.766	1.365	1.481	954.614.802	1.546	78.352.962	603	121.656.087	921	119.937.787	907	906.039.728	1.231	1.029.186.346	1.381	1.074.552.569	1.433	1.074.552.569	1.433
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	436.023.057	719	655	390.950.730	632	133.376.160	1.027	118.326.974	895	118.646.839	897	569.369.217	773	519.810.300	698	508.997.569	679	508.997.569	679
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	52.462.136	87	70	45.159.196	73	0	0	0	0	0	0	52.462.136	71	43.183.940	58	45.159.196	60	45.159.196	60
Vermögen zum 31.12.:																			
34 Zuführungen an Rücklagen	33.808.050	56	63	33.076.231	54	614.869	5	3.053.387	23	256.800	21	34.422.930	47	41.570.206	56	33.333.031	44	33.333.031	44
35 Stand an Rücklagen	143.887.394	237	235	144.199.460	233	6.976.000	54	10.029.387	76	8.559.866	65	150.863.394	205	154.305.599	207	152.759.326	204	152.759.326	204
36 Stand an Darlehensforderungen	18.754.549	31	29	17.975.548	28	8.661.692	67	8.400.105	64	7.696.371	58	27.416.240	37	26.375.653	35	24.935.912	33	24.935.912	33
37 Stand an Beteiligungen	204.569.178	337	368	395.882.728	641	24.845.528	191	24.845.528	188	24.845.528	188	229.414.706	312	250.243.283	336	420.726.256	561	420.726.256	561
38 Stand an Wertpapieren	5.942.203	10	8	5.022.191	8	7.491.949	12	9.394.391	41	1.144.062	9	15.377.379	21	14.146.582	14	8.036.007	12	8.036.007	12
39 Zuführung an a.o. Haushalt	36.540.282	60	75	64.475.634	104	46.270.248	75	64.475.634	104	17.570.000	135	54.110.282	74	70.699.566	95	84.834.006	113	84.834.006	113
40 Zahl der Beamten 10)	233	206	190	190	190	144	144	133	133	97	377	377	339	339	297	297	297	297	
41 Zahl der sonstigen ständig Beschäftigten	7.352	7.994	8.047	8.047	8.047	1.520	1.520	1.520	1.520	1.628	1.628	1.628	1.628	1.628	1.628	1.628	1.628	1.628	
42 Summe ständig Beschäftigte (VZA) 11)	7.585	7.988	8.237	8.237	8.237	1.664	1.664	1.653	1.653	1.725	1.725	1.725	1.72						

41.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	333.742	-2.179.961	-2.513.703	-753,19
Lohnsteuer	23.027.887	22.641.635	-386.252	-1,68
Kapitalertragsteuer	3.057.286	862.395	-2.194.890	-71,79
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	710.659	467.892	-242.767	-34,16
Körperschaftsteuer	-328.522	-798.633	-470.111	-143,10
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.004	93	-911	-90,73
Stiftungseingangssteuer	3.024	13.785	10.761	355,88
Bodenwertabgabe	4.772	4.274	-497	-10,42
Stabilitätsabgabe	3.651	3.141	-510	-13,98
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	26.813.503	21.014.622	-5.798.881	-21,63
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	21.428.011	13.921.883	-7.506.127	-35,03
Tabaksteuer	1.601.325	1.758.487	157.162	9,81
Biersteuer	164.111	45.710	-118.401	-72,15
Mineralölsteuer	3.721.487	1.420.564	-2.300.922	-61,83
Alkoholsteuer	118.138	62.605	-55.533	-47,01
Schaumweinsteuer	14.463	14.736	273	1,89
Kapitalverkehrssteuern	1.017	-1.811	-2.827	-278,09
Werbeabgabe	99.003	50.349	-48.654	-49,14
Energieabgabe	689.355	623.636	-65.719	-9,53
Normverbrauchsabgabe	577.858	251.961	-325.898	-56,40
Flugabgabe	59.047	2.681	-56.366	-95,46
Grunderwerbsteuer	10.716.449	9.058.171	-1.658.278	-15,47
Versicherungssteuer	1.047.561	1.055.097	7.536	0,72
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.280.503	2.284.388	3.885	0,17
KFZ-Steuer	12.248	8.586	-3.663	-29,90
Konzessionsabgabe	163.932	180.147	16.216	9,89
Summe sonstige Steuern	42.694.509	30.737.191	-11.957.318	-28,01
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	69.508.012	51.751.812	-17.756.200	-25,55

42.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	29.698.269	22.609.824	-7.088.445	-23,87
Lohnsteuer	187.792.247	189.959.441	2.167.193	1,15
Kapitalertragsteuer	14.984.710	10.362.572	-4.622.138	-30,85
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	4.495.841	5.062.522	566.681	12,60
Körperschaftsteuer	59.473.478	45.486.984	-13.986.494	-23,52
Abgeltungssteuern Schweiz	-16	-52	-36	-222,73
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	9.270	3.921	-5.350	-57,71
Stiftungseingangssteuer	91.975	131.853	39.877	43,36
Bodenwertabgabe	503.371	455.265	-48.106	-9,56
Stabilitätsabgabe	628.730	731.916	103.186	16,41
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	297.677.876	274.804.245	-22.873.632	-7,68
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	164.467.932	149.683.858	-14.784.074	-8,99
Tabaksteuer	12.487.256	12.637.707	150.451	1,20
Biersteuer	1.229.608	996.646	-232.962	-18,95
Mineralölsteuer	28.007.907	24.185.511	-3.822.397	-13,65
Alkoholsteuer	1.070.586	938.388	-132.197	-12,35
Schaumweinsteuer	169.439	150.555	-18.884	-11,15
Kapitalverkehrssteuern	5.467	9.624	4.156	76,02
Werbeabgabe	764.414	644.531	-119.882	-15,68
Energieabgabe	6.902.714	5.709.141	-1.193.573	-17,29
Normverbrauchsabgabe	3.319.634	2.490.377	-829.257	-24,98
Flugabgabe	454.532	315.072	-139.460	-30,68
Grunderwerbsteuer	84.815.606	89.496.219	4.680.613	5,52
Versicherungssteuer	8.275.842	8.590.900	315.057	3,81
Motorbezogene Versicherungssteuer	15.401.103	15.622.905	221.801	1,44
KFZ-Steuer	407.742	382.755	-24.986	-6,13
Konzessionsabgabe	1.841.731	1.394.117	-447.614	-24,30
Summe sonstige Steuern	329.621.515	313.248.305	-16.373.209	-4,97
Kunstförderungsbeitrag	90.240	90.729	489	0,54
Gesamtsumme	627.389.631	588.143.279	-39.246.352	-6,26
Zwischenabrechnung	7.337.103	-1.273.726	-8.610.829	-117,36
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	634.726.734	586.869.553	-47.857.181	-7,54

VERBRAUCHERPREISINDEX		
FÜR JUNI 2020		
(vorläufiges Ergebnis)		
	Mai 2020	Juni 2020
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	107,4	108,0
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	118,9	119,6
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	130,2	130,9
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	143,9	144,7
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	151,4	152,3
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	198,0	199,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	307,8	309,5
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	540,2	543,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	688,3	692,2
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	690,6	694,4
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Juni 2020 beträgt 108,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Mai 2020 um 0,6 Punkte gestiegen (Mai 2020 gegenüber April 2020 - 0,7 Punkte). Gegenüber Juni 2019 ergibt sich eine Steigerung um 1,2 Punkte (+ 1,1 %), für Mai 2020/2019 um 0,7 Punkte (+ 0,7 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck